Morgen-Ausgabe

Deutsche Allgemeine Zeitung

Preis für Berlin 80 Pfg.

60. Jahrg. | Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal und bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage, Sonntags die illustrierte Bilderchronik, Mittwochs abwechselnd eine bunte Modenbeilage und eine Kunstbeilage, außerdem täglich wechselnd die Beilagen: „Wirtschaft und Recht", „Kraft und Stoff", „Der Weltverkehr", „Frau und Welt", „Lehren und Lernen", „Reisen und Wandern". Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32. Fernspr. Nollendorf 4783-88. | Donnerstag, 31. März 1921 | Bezugspreis monatlich Mk. 12.— Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, auswärts bei der Post. In Dänemark, Deutsch-Österreich, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn Bezug durch die Post, im übrigen Ausland nur unter Streifband vom Verlag. Preis für die 34 mm breite mm-Zeile Anzeigenpreise Mk. 5.50, für die 67 mm breite mm-Reklamezeile Mk. 4.50. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32. Fernsprecher Nollendorf 5950-58. | Nr. 148

Tages-Spiegel.

Eine Denkschrift der deutschen Regierung verlangt vom Völkerbund erneut die Oberbeführung des beantragten Schlichtungsverfahrens im Hinblick auf das weitere Vorrücken der alliierten Truppen in Westdeutschland.

★

Die Ausländspresse über Kaiser Karl.

★

Die Auslandspresse über Kaiser Karl.

★

Die vor einigen Wochen unterbrochenen Danzig-polnischen Wirtschaftsverhandlungen werden heute in Warschau wieder aufgenommen.

Die Bewegung in Mitteldeutschland

Der Bericht des Oberpräsidenten.

Magdeburg, 30. März. (W. T. B.) Die Meldestelle beim Oberpräsidenten teilt mit: In Schönebeck (Regierungsbezirk Merseburg) wurde heute die Arbeit eingestellt. Es treiben sich dort beinahe Banden umher. Der Verkehr der elektrischen Bahn Leipzig—Bitterfeld ist wegen Streik eingestellt. — In Bitterfeld herrscht Ruhe. — In Zschornewitz hat heute morgen eine Abstimmung über den Streik stattgefunden. 600 Stimmen waren gegen und 200 Stimmen für den Streik. Die Wiederaufnahme der Arbeit ist im Gange. — In Halle ist das Bild unverändert.

Der wilde Streik geht weiter. In Siebenwerden hat sich die Lage zugespitzt. Hier hat heute vormittag eine Versammlung stattgefunden, in der ein Redner Kommunist auftrat, der behauptete, daß in Berlin der Generalstreik ausgebrochen sei, und der aufforderte, die Aktion auch im hortigen Kreise in schärfster Art durchzuführen. Daraufhin hat die Versammlung dies einmütig beschlossen. Die Arbeiter verjagen sich von neuem mit Waffen und besetzen heute vormittag die Willingrube, deren Direktoren sie verhaftet haben. Die Arbeitswilligen aus der Grube Leuchhammer der Aktiengesellschaft Braunkohlenwerken verreisten. Um zwei Uhr war beabsichtigt, sämtliche sächsischen Gebäude im Bünchen zu besetzen und alle Lebensmittel zu requirieren.

In Mühlhausen haben die kommunistischen Tabakarbeiter mit großer Stimmenmehrheit gegen den Generalstreik geistimmt. Die beabsichtigte Befreiung von Gefangenen wurde nicht durchgeführt. In Ohrdruff, Sömmerda, Langensalza und Worbis herrscht Ruhe. Die Eisenbahndirektion Erfurt hat 20 direktende Arbeiter entlassen. Zwecks der Verhinderung Sprengungen und Attentate auf öffentliche Gebäude, Bahnübergänge usw. ist die Zeitpolizeiung bei Polizeiuhr. Außer in zwei Betrieben wird in Erfurt überall gearbeitet. Das in Jena erscheinende kommunistische Blatt „Neue Zeitung" wurde in großen Mengen in Erfurt verteilen. Der Verkauf wurde darauf von der Regierung verboten.

Die Leute, die den Betrieb trotzdem weiterbetrieben, wurden verhaftet. Wiehe bei Artern wurde heute von 150 Kommunisten besetzt. Der Pfarrer und der Bürgermeister wurden verhaftet und sollen gegen ein Lösegeld von 100 000 M freigelassen werden. Die Sperre, die Büchen und die Post sollen gesprengt sein. Die Sperre ist mit einem Maschinengewehre besetzt.

Dankestelegramm Hörsings.

Magdeburg, 30. März. (W. T. B.) Oberpräsident Hörsing hat in seiner Eigenschaft als Regierungspräsident an den Polizeipräsidenten von Krüber folgendes Dankestelegramm gerichtet:

„Nach Niederwerfung des kommunistischen Aufstandes in Mansfeld bin ich gerne bereit, Ihnen und allen Polizeibeamten meinen verbindlichsten Dank und vollste Anerkennung auszusprechen. Dieser wichtige Erfolg ist der unermüdlichen Führung Ihrer Leute zu danken wie der aufopferungsvollen Tatkraft der Polizeiorganen selbst, die trotz der großen körperlichen Anstrengungen mit solchen Begeisterung die Aufständischen angriffen und zerrieben. Diese Leistung ist um so höher einzuschätzen, als der Gegner numerisch stärker und technisch besser ausgerüstet war. Dem Major Holle und der ihm unterstellten Truppe, die beim ersten Tage an den Anstarm im Aufstandsgebiet mit Erfolg auftrieb, bitte ich noch meine besondere Anerkennung auszusprechen. Die Namen der Gefallenen und ihrer Heimatdörfern und die Namen der Verwundeten und deren jetziger Aufenthalt sind mir möglichst umgehend zu melden, um den Hinterbliebenen und Verwundeten meine Teilnahme unmittelbar übermitteln zu können."

Halle.

Eigene Drahtmeldung.

Fw. Halle, 30. März.

Die Kämpfe um Gröbers haben heute eine Fortsetzung gefunden. Der Bahnhof Gröbers und die Grube Klara befinden sich im Besitz der Aufrührer, welche Zuzug aus dem Mansfeldischen erhalten haben. Auch die Gegend nordöstlich von Halle ist noch nicht gesäubert. Infolge des Streiks der Elektrizitätswerke ist das Licht in ganz Halle und der Eisenbahnhauptwerkstätte stillgelegt worden.

Arbeitswiederaufnahme bei Blohm u. Voß.

Hamburg, 30. März. (W. T. B.) Die Werft Blohm u. Voß zeigt die Wiederaufnahme des Arbeitsbetriebes auf der Werft ab 1. April an.

Kaiser Karls Rückzug.

Abreise nach Spanien?

Drahtmeldung.

Wien, 30. März. (W. T. B.)

In einer gestern abgehaltenen Konferenz hat der Blättern zufolge die Partei der kleinen Landwirte in Budapest den Entschluß gefaßt, eine energische Aktion gegen die Rückkehr Königs Karl nach Ungarn einzuleiten und h schärfste Opposition gegen die Regierung Teleki, der man Kenntnis des Vorhabens zur Pflegt, zu treten.

Während alle sonstigen Meldungen besagen, daß sich der Kaiser Karl in Steinamanger befinde, meldet die „Neue Freie Presse", daß er auf Ansuchen der ungarischen Regierung und unter dem Schutz Spaniens aus Ungarn abgereist sei und sich a n' dem Wege nach Spanien befinde.

In Budapest dürfen die Zeitungen von dem Aufenthalt des Exkönigs auf ungarischem Boden kein Wort veröffentlichen. In Budapest herrscht vollkommene Ruhe.

Die Nachricht, daß Kaiser Karl die Absicht habe, nach Spanien zu gehen, gewinnt an Wahrscheinlichkeit durch eine allerdings noch nicht bestätigte Meldung, nach der die Schweiz dem Kaiser Karl wegen Verletzung des Asylrechts die Rückkehr verweigert. Die politischen Wirkungen, die der Schritt des Habsburgers hervorgerufen hat, ergeben sich aus nachstehender Meldung:

Wien, 30. März. (T. U.) Die tschechische Regierung sowie die südslawische und rumänische Regierung haben in Budapest einen gemeinsamen Schritt unternommen und erklärt, daß sie jeden Versuch einer Wiederkehr der Habsburger mit den schärfsten Mitteln vereiteln werde.

Die Auffassung in Wien.

Eigene Drahtmeldung

Kbg. Wien, 30. März.

Das Eintreffen des vormaligen Kaisers Karl in Budapest, über dessen nähere Umstände verschiedene Versionen im Umlauf sind, beschäftigt Ungarn und in Oesterreich die politische Lage außerordentlich. Die Nachrichten aus Budapest sind spärlich und widersprruchsvoll. Die offiziellen Darstellungen sprechen den Schritt des Kaisers Karl jede ernste Bedeutung ab. Andererseits hört man auch von einem allerdings wenig wahrscheinlichen Situationswechsel zu seinen Gunsten.

Die österreichische Regierung sieht den Versuch Kaiser Karls, in Ungarn wieder Fuß zu fassen, in Verbindung, als eine tunesische garstige Angelegenheit an und beschränkt sich auf Maßnahmen zur Abwehr von Rückwirkungen auf Oesterreich. Die österreichische Regierung wird einer Rückkehr Kaiser Karls über österreichisches Gebiet keine Schwierigkeiten bereiten, weil sie eine rasche Entfernung des Exkaisers auch für Oesterreich als wünschenswert erachtet. In der morgen stattfindenden Sitzung des Ausschusses für Aeußeres wird der Bundeskanzler Dr. Mayr in diesem Sinne berichten.

Die österreichischen Behörden haben erfahren, daß Kaiser Karl über Straßburg nach Wien gereist war und sich hier eine Reihe von engsten Anhängerkreisen aufgehalten hat. Die Wiener Vertreter der Entente-Mächte haben heute wiederholt mit der österreichischen Regierung Besprechungen abgehalten und übereinstimmend betont, daß das ungarische Abenteuer Kaiser Karls möglichst rasch liquidiert werden müsse.

Die Wiener Bevölkerung hat die Nachricht von der Rückkehr Kaiser Karls mit voller Ruhe aufgenommen, und es ist nirgends zu irgendwelchen Kundgebungen für oder gegen den Exkaiser gekommen. Offenbar wird sich nirgends von Kaiser Karl gesprochen. Die Sozialdemokratische Partei hat heute beim Bundeskanzler Dr. Mayr vorgesprochen und sich von seinen Aufklärungen über die Haltung der österreichischen Regierung befriedigt erklärt.

Die Auslandspresse über Kaiser Karl

Eigene Drahtmeldung.

Rp. Rom, 30. März.

Der „Tempo" gibt dem großen Aufsehen und der Beunruhigung Ausdruck, die das Eintreffen des früheren Königs Karl in Budapest erregt hat. Er nennt es eine Herausforderung für alle Staaten, die von der Doppelmonarchie Gebiete oder Rechte der Unabhängigkeit gerissen haben. Karls Reise sei so leichtfertig erfolgt, daß für das italienische Volk der Verdacht gerechtfertigt erscheine, sie sei unter der wohlwollenden Protektion irgendeiner daran interessierten Großmacht vor sich gegangen. Jedenfalls aber besitze Italien die Mittel, um seine Interessen gegenüber wahren Freunden und versteckten Feinden durchzusetzen.

Die Anspielung auf die „interessierte Großmacht" ist ein kaum mißzuverstehender Hieb gegen Frankreich, das bekanntlich einflußreiche Kreise den Gedanken der Donaukonföderation beginnstigen als doppeltes Mittel gegen den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Reich und gegen eine Erstarkung Italiens. Charakteristisch ist auch die nachstehende Stimme des offiziösen Berner Organs:

A. **Genf**, 30. März. (Eigene Drahtmeldung.) Das Erscheinen des Exkaisers Karl in Budapest kam für die Schweiz vollkommen unerwartet. Man hat die überraschende Nachricht jedoch nicht gerade mit Verschmäh aufgenommen und hegt die Hoffnung, daß die Schweiz den hohen, aber unerbetenen Gast, dessen Anwesenheit infolge der eifrigen habsburgischen Propaganda bekanntlich unbrauchbar zu Mißhelligkeiten Anlaß geb, durch diesen Oberwuchs los wird. So schreibt der offiziöse „Bund":

„Für weite Kreise gibt der romantische und theatralische Anlauf des Exkaiser-Monarchen keine große Wirkung mehr aus. Interessant ist nur, daß er von der Schweiz erlogt ist. Das wird nun noch zu reden und zu untersuchen geben. Eine Rückkehr des Exkaisers Karl nach Prangin würde kein Triumphzug sein."

★

London, 30. März. (W. T. B.) Wie Reuter erfährt, ist die britische Regierung unter keinen Umständen gewillt, die Wiedererrichtung der Habsburgischen Monarchie zu gestatten, da sie sich vergegenwärtigt, daß die Wiedererrichtung Karls an den verschiedenen internationalen Verwicklungen führen und den Frieden Mitteleuropas gefährden würde.

Pariser Randbemerkungen.

L. Paris, 30. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die Reise des Exkaisers Karl nach Ungarn hat in Paris lebhaftes Aufsehen erregt. Die ersten Kommentare der Abendblätter erblicken in diesem Ereignis und im Zusammenhang mit der Rückkehr des Königs Konstantin nach Athen ein für die politische Entwicklung symptomatisches Ereignis.

In der „Liberté" meint Bainville u. a.: Wolle Ungarn eine Monarchie, so hätten die Alliierten grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden, doch wollten sie von den Habsburgern nichts wissen. Noch vielmehr treffe dies für die unmittelbaren Nachbarn Ungarns, die kleineren Nachfolgestaaten Oesterreich-Ungarns, zu. Zum Schluß weist Bainville darauf hin, daß die Rückkehr Konstantins nach Athen keine Ermutigung für die Alliierten sei. Das Konstantinische Griechenland entfalle in den Augenblick, in dem die Alliierten im Orient auch den Frieden herbeizuführen wünschen, einen neuen Krieg.

Der „Temps" befürchtet, daß einer Wiedererrichtung der Monarchie in Budapest ein monarchistischer Putsch in München folgen könne, der eine Ermutigung für alle deutschen Reaktionäre bedeuten würde.

Neuer Protest an den Völkerbund.

W. T. B. berichtet:

Gestern ist in Genf dem Generalsekretariat des Völkerbundes eine neue Denkschrift der deutschen Regierung über die Aufhebung der Besetzung im Rhein Westen ausgeteilt worden. Die Denkschrift hat folgenden Wortlaut:

„Die Truppen der alliierten Mächte sind nach der Besetzung von Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf weiter vorgerückt und haben Mülheim, Orte Wesel, Wesel, Dorsten, Recklinge und Wanlich, sowie die Bahnhöfe Mülheim-Speldorf und Oberhausen-West besetzt. Nach den vorliegenden Meldungen über die Truppenbewegung scheint noch eine weitere Ausdehnung der Besetzung bevorstehen zu sein. Die deutsche Regierung erhebt Protest gegen diese Fortsetzung der Verletzung von Recht und Vertrag, sie stellt das Verlangen, daß das von ihr bereits beantragte Schlichtungsverfahren gemäß den Artikeln 12—17 der Völkerbundsakte auf die Maßnahmen der Alliierten ausgedehnt wird.

Um die Insel Yap.

■ **Basel**, 30. März. (Eigene Drahtmeldung.) Das japanische Auswärtige Amt erklärt in Ausführungen zu dem japanischen Mandat über die früheren deutschen Inseln, daß Japan nicht beabsichtige, auf diese Inseln eine militärische oder maritime Basis zu errichten. Die wirtschaftliche und strategische Bedeutung dieser Inseln sei übertrieben worden, denn die drei Häfen der Insel Yap seien nur in der Lage, drei Dampfer von zusammen 9000 t aufzunehmen. Die Insel komme nur als Kohlenstation in Betracht. Mit dem gleichen Recht wie die Vereinigten Staaten könne Japan darauf hinweisen, daß die Vereinigten Staaten durch den Erwerb der Virginischen Inseln sich die Kontrolle über den Atlantischen Ozean gesichert habe.

Bombenattentat auch in Chicago.

London, 30. März. (W. T. B.) „Daily Mail" meldet, Dienstag vormittag sei in Chicago eine Bombe explodiert, 10 Personen seien getötet, eine große Zahl schwer verwundet worden.

Wirkungen des englisch-russischen Abkommens.

Helsingfors, 30. März. (C. E.) Nach Petersburger Blättermeldungen soll eine englische Delegation mit dem ehemaligen Konsul Grove an der Spitze sich unverzüglich nach Sowjetrußland begeben.

Riga, 30. März. (D. A.) Wie eine Auswirkung des englisch-russischen Handelsabkommens ist ein Zusammenprallen der vom britischen Generalkonsul Hill und dem Sowjetregierung in Moskau eingegangen ist. Danach hat die britische Regierung ihrer Flotte den Befehl erteilt, die russischen Unterseeboote, die auf offener See an die Oberfläche steigen und bei der Annäherung britischer Schiffe ihre Flagge hissen, nicht mehr anzugreifen.

Der direkte englisch-russische Handel ist im Gange. In Riga ist soeben der erste englische Dampfer mit einer Ladung von 4500 Tonnen Waren für Sowjetrußland eingetroffen.

Gesamtmüttkischer Protest gegen Griechenland.

Konstantinopel, 30. März. (D. A.) Die Pforte hat an die Großmächte eine Protestnote gerichtet, in der Einspruch dagegen erhoben wird, daß die griechische Offensive in dem gleichen Augenblick einsetzte, als die Türkei noch einer friedlichen Lösung suchte. Die Note wälzt die Verantwortlichkeit für alle daraus entstehenden Komplikationen auf Griechenland ab. Eine gleiche Protestnote hat auch die nationaltürkische Regierung von Angora eingesandt. Nach den in Konstantinopel eingetroffenen Nachrichten ist Mustapha Kemal Pascha an der Front eingetroffen, um die Operationen gegen die Griechen persönlich zu leiten.

Zusammenbruch des Streiks im Ruhrgebiet.

Eigene Drahtmeldung.

O. Bochum, 30. März.

Die Auffassung, daß der kommunistische Vorstoß in Rheinland-Westfalen als vollkommen abgeschlagen gelten könne, wird durch die jüngsten Berichte bestätigt. Auf der Zeche Präsident in Bochum, die als eine Art unionistische Hochburg gilt, streiken in der heutigen Frühschicht nur 200 Mann; sonst ist die gesamte Bergarbeiterschaft des Bochumer Bezirks bei der Arbeit. Nach Meldungen, die beim alten Bergarbeiterverband eingingen, ist auch in den übrigen Revieren der Streik vollkommen beendet. So wird aus den Bezirken Dortmund, Hörde, Hamm, Lüdinghausen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Recklinghausen und Buer berichtet, daß dort sämtliche Belegschaften eingefahren sind. Dadurch gilt dem Essener Bezirk, wo auch die Belegschaft der letzten Streikzeche Matthias Stinnes 1 bis 11 zur Arbeit zurückgekehrt ist.

Streikterror auf linksrheinischen Zechen.

sch. **Duisburg**, 30. März. (Eigene Drahtmeldung.) Auf verschiedenen linksrheinischen Zechen besetzten Kommunistische Stoßtrupps die Eingänge, die Verwaltungsgebäude und die Telephonzentralen. Die Anhänger des Alten Bergarbeiterverbandes griffen sofort zur Selbsthilfe und prügelten die Kommunisten hinaus. Diese holten sich jedoch Verstärkungen heran, und der Ueberwacht mußten schließlich die Arbeitswilligen weichen. Die Zechen befinden sich augenblicklich in der Gewalt der kommunistischen Arbeiterrate.

In der letzten Nacht gelang es, 50 Kommunisten, darunter den bekannten Führer Weinberg zu verhaften.

Thomas in Dortmund.

Eigene Drahtmeldung.

sch. **Dortmund**, 30. März.

Hier fand eine Sitzung der freien Gewerkschaften aus Rheinland und Westfalen statt, an der auch der englische Führer Thomas und ein Vertreter des Internationalen Bureaus aus Amsterdam teilnahmen.

Es wurde zu den „Sanktionen" und ihren Folgen für die Arbeiterschaft Stellung genommen. Die Gewerkschaftsvertreter aus den verschiedenen Industrien legten übereinstimmend ihre Ansicht dar, daß diese Zwangsmaßnahmen für die deutsche Arbeiterschaft von den schwersten Folgen sein und rückwirkend auch ihren Einfluß auf die internationale Arbeiterschaft geltend machen würden. Thomas solle versuchen, bei den maßgebenden Kreisen der Entente dahin zu wirken, daß die deutsche Arbeiterschaft nicht völlig abgeschnitten wird.

Thomas sprach sich sehr vorsichtig aus; er betonte immer wieder, daß es notwendig sei, den internationalen Zusammenschluß zu kräftigen, weil er sich nur davon eine Aenderung der Verhältnisse verspreche.

Kohlenpreiserhöhung.

Lebensmittelfonds für die Bergarbeiter.

Gestern fand eine gemeinsame Sitzung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrates statt, die sich wieder mit Anträgen auf Kohlenpreiserhöhung befaßte. Des rheinisch-westfälische Kohlensyndikat forderte unter Hinweis auf den Beginn des Monat Januar gesetzten, aber infolge Streikstandung nicht zur Durchführung gekommenen Beschluß, der eine Preiserhöhung von 25 M pro Tonne ab 1. Februar vorsah, nunmehr eine Preissteigerung von 33 M pro Tonne; dadurch sollten auch die Verluste der Bormonate abgedeckt werden.

Staatssekretär Dr. Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium erklärte, ein Beschluß auf Preiserhöhung werde nicht Beunstandung finden, soweit diese 18 M pro Tonne nicht überschreite. Dieser Satz trage der festgestellten Erhöhung der Selbstkosten Rechnung, er schließe auch sehr angemessene Abschreibungen in sich. Die Reichsregierung knüpfe an die Bedingung, daß der Bergbau ab 1. April die Bedingung, daß der Bergbau ab 1. April außerdem eine Preisermäßigung um 5 M je Tonne Steinkohle, um 2½ M pro Tonne Braunkohlenbriketts und um 80 Pfg. je Tonne Rohbraunkohle beschließe. Dieser letzte Zuschlag solle dazu dienen, den Bergleuten auch weiterhin billige Lebensmittel zuzuführen, nachdem die Entente seit dem 1. Februar die Zahlung von 5 Goldmark für die Tonne Pflichtlieferung eingestellt habe. Der Redner wies auf die schweren Bedenken hin, die angesichts unserer Wirtschaftslage, der Frachtsteigerung und der Sanktionen einer Preiserhöhung für Kohle entgegenstünden; man könne aber auch gerade im Interesse der Verbraucher den Kohlenverband nicht dauernd Not leiden lassen und ihn in seinen Einrichtungen rückständig machen. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat hielt die Berechtigung seiner erwähnten Forderung aufrecht, stellte indessen angesichts des Standpunktes der Reichsregierung den Antrag auf eine Preiserhöhung von zusammen 25 M mit der Maßgabe, daß hiervon 5 M die Tonne an einen Fonds zur Beschaffung billiger Lebensmittel für die Bergleute fließen. Dieser Antrag fand gegen eine Stimme Annahme.

Mit der gleichen Maßgabe gebilligt wurde alsdann ein Antrag des Regiets Niedersachsen auf Preiserhöhung um 20 M je Tonne, ebenso einige Preiserhöhungen des Kohlensyndikats für das rechtsrheinische Bayern. Auch das Rheinische Braunkohlensyndikat wird ab 1. April die Preise um 2½ M je Tonne Briketts und um 80 Pfennig je Tonne Rohkohle, entsprechend dem erwähnten Verlangen der Reichsregierung, zugunsten des Lebensmittelfonds, erhöhen. Die übrigen Syndikate kannten sich in der gestrigen Sitzung noch nicht entschließen, bezüglich ihrer Reviere entsprechende Anträge auf Verstärkung des Lebensmittelfonds im Wege der Preiserhöhung zu stellen.

Gegen den Bulgärmarxismus.

Von

Professor **Dr. Paul Lensch.**

„Tatsächlich ist die heutige Auflösung der früheren sozialdemokratischen Partei in Sondergruppen und das diese Erscheinung begleitende Unvermögen, in dem Gewoge der durch den Weltkrieg hervorgerufenen revolutionären Ereignisse einen festen Beurteilungsstandpunkt zu finden, weit mehr das Ergebnis einer Krise der Parteitheorie als der Parteipraxis." Also schreibt in seinem neuen Werk, das er die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie nennt, Heinrich Cunow, (die Marxsche Geschichts, Gesellschafts- und Staatstheorie, Grundzüge der Marxschen Sozologie, von Heinrich Cunow, 1. Band, 1920) der Erbe und Nachfolger Karl Kautskys, der zu seinem maßgebenden Theoretiker der Mehrheitssozialdemokratie, soweit in dieser Partei von einem Interesse für theoretische und historische Probleme gerechnet werden kann.

Cunow gibt offen zu, daß die Sozialdemokratie den Ereignissen des Weltkrieges und der Revolution theoretisch hilflos gegenüberstehe, und in dieser theoretischen Hilflosigkeit erblickt er den eigentlichen Grund für die Auflösung der früheren sozialdemokratischen Partei. „Die Marxschen Lehren sowie die sich auf diesen ergebende Kampftaktik sind völlig fraglich geworden." Mit diesem offenen Bekenntnis eines Kenners vergleiche man die Beteuerungen Scheidemanns: „Wir bleiben, was wir waren, und wir waren, was wir sind". Vergleiche man auch die Haltung des Zentralorgans der alten Partei, dessen Leser bis zum heutigen Tage kein Wort davon erfahren haben, daß die bisherige theoretische Grundlage der Partei und die aus ihr sich ergebende Praxis „völlig fraglich" geworden sind.

Cunow sucht den Grund für diese Tatsache nun nicht im Marxismus, sondern in der Verhaftung des Marxismus, wie er sich bereits vor dem Kriege in der deutschen Sozialdemokratie breit gemacht hatte, und als dessen Hohenpriester Cunow niemanden anders als Karl Kautsky bezeichnet. Die Fernsehen des Bulgärmarxismus erblickt Cunow einerseits in den Versuchen, den Marxismus mit Gedanken des englischen Radikal-Liberalismus zu vermischen, andererseits in dem Bemühen der Kantianer, ihn eklektisch-kritisch zu begründen und seinen Gehalt an Hegelismus auszuscheiden. Demgegenüber sucht nun Cunow den wahren Marxismus wiederzugewinnen. Unter bewußter Ausscheidung der ökonomischen Theorien Marxens will Cunow den Sozologen Marx wiederherstellen und durch Zusammenstellung der zerstreuten Aeußerungen in den Schriften von Marx und nach ihrer Zurückführung auf bestimmte Grundideen eine systematische Darstellung der Marxschen Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie geben. Es ist klar, daß Cunow bei diesem Versuch mit sehr vielen Lieblingsvorstellungen der Sozialdemokratie in Konflikt kommen muß, die gerade in und nach dem Kriege als das eigentliche Kennzeichen der Partei gegolten haben, wie z. B. Selbstbestimmungsrecht der Völker, Pazifismus usw. Gegen diese illusionärer Schlagworte hatte schon im Kriege Cunow in enger Gemeinschaft mit mir und anderen in der „Glocke" und anderswo seine Stimme erhoben. Jetzt legt er diesen Kampf mit viel breiterer wissenschaftlicher Grundlage fort. Zurzeit liegt nur der erste Band seiner Arbeit vor. Der zweite soll in kurzer Zeit folgen.

Was der Verfasser im ersten Bande gibt, ist zunächst eine zwar summarische, aber auf eignem Quellenstudium beruhende Uebersicht über die Entwicklung der Geschichts- und Staatsauffassung von der Antike bis zu Engel und Marx. Drei Abschnitte heben sich in ihr ab: die englische Sozialphilosophie im 17. und 18. Jahrhundert, die Geschichts- und Staatsphilosophie von Kant und schließlich Darstellung nebst Kritik der Marxschen Staatsauffassung. Cunow hat den mühseligen Weg durch die Jahrhunderte nicht gescheut, weil es ihm darauf ankam, die Marxschen Theorien in ihren Beziehungen und in ihrem Gegensatz zu früheren Auffassungen darzustellen; erst dadurch wird die historische Leistung von Marx klar, dadurch aber auch erst möglich, den Marxismus von falschen Umbeutungen und fraglichem Beigemengsel zu befreien. Denn das eigentliche Ziel, das sich Cunow gesteckt hat, ist nicht die Apologie des Marxismus, sondern die Kritik und Weiterentwicklung der Marxschen Sozologie über Marx hinaus. Die kurze Revue durch die Jahrhunderte von Berodot bis Hegel dient nur diesem Zweck.

Im Lichte dieser Tatsache begreift man die Bedeutung, die den bereits erwähnten Kapiteln über die englische Sozialphilosophie sowie über Kant im Rahmen der Cunowschen Arbeit innewohnt. Einmal kommt es dem Verfasser darauf an, den Einfluß deutlich zu machen, den die gegen den Staatsgegnerischen englische Staatstheorie des 17. und 18. Jahrhunderts schließlich auf Marx gewonnen hat, und zweitens die wahre Bedeutung Kants als Sozialtheoretiker herauszuarbeiten. Um mit dem zweiten zu beginnen, so schränkt Cunow diese Bedeutung ganz außerordentlich ein. Er kommt zu dem Ergebnis, daß nicht nur die Rechtsphilosophie, sondern die gesamte Sozialphilosophie Kants war schon zur Zeit ihrer Veröffentlichung in England und Frankreich überholt. „Kant durch vermeyde Interpretationen seiner Geschichts- und Gesellschaftstheorie zu einem großen Sozialtheoretiker stempeln zu wollen, ist ein ganz unverständliches Beginnen; seine Leistungen liegen auf einem ganz anderen Gebiet." Dieser Abschnitt, der die Bedeutung Kants als Erkenntnistheoretiker selbstverständlich unberührt läßt, wird den meisten Lesern ganz neue Gesichtspunkte öffnen. Cunow mußte sich mit Kant als Gesellschaftstheoretiker und Geschichtsphilosoph deshalb eingehender beschäftigen, weil er nur so für seine Darstellung gewann für die Abweisung jener Richtung, die auf Kant zurückgehen und Marx kantianisch umdeuten möchte. Die Kantsche Schrift, auf die sich diese Richtung für ihre Zwecke mit Vorliebe beruft, sind die wenigen Seiten, die Kant 1784 unter dem Titel: „Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht" veröffentlicht hat. Nur sie weist besonders Max Adler in den gedankenvollen Aufsätzen hin, die er in seiner Schrift: „Magoeiler, Studien zur Gesellschaftslehre des Sozialismus" zusammengefaßt hat erscheinen lassen. Cunow deckt nun im einzelnen die Zusammenhänge auf, die Kants Geschichtsphilosophie mit der englischen aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts hat — Cunow sagt sogar, sie sei nichts als eine teleologisch konzipierte Neuausfage der englischen Lehre, wonach der Fortschritt der Menschheit ausschließlich bedingt sei durch den Fortschritt der menschlichen Vernunft —, während Kants Sozialphilosophie in ihren wichtigsten Teilen aus Anleihen bei Locke und Rousseau bestehe, so daß Kant auch seinen Gebieten eigentlich neue Erkenntnisse nicht bringe. In diesen Nachweisen darf man ein wesentliches Verdienst der Cunowschen Arbeit erblicken. Sie haben nicht bloß ein theoretisch-wissenschaftliches, sondern auch ein praktisch-politisches Interesse, insofern sie der bereits erwähnten „Rückkehr zu Kant" entgegentreten, die Cunow als die Flucht bestimmter Kreise aus der nichts weniger als idealen Wirklichkeit des Liberalismus in die Region abstrakt idealer liberaler Theorie erklärt.

Der Kunstgriff, daß es sich hierbei um den alten Kampf gegen den früheren Revisionismus handelt, dessen Kriterium auf philosophischem Gebiete die Ablehnung der dialektischen Denkweise Hegels und Marxens war und der sich daher zu einer „Rückkehr zu Kant" entschließen mußte, was in diesem Zusammenhang zu Tage ist nichts anderes hieß als Flucht in die alte Metaphysik des 17. und 18. Jahrhunderts. Indem man so Marx mit Kant zu verbinden suchte, mußte notwendigerweise der Zusatz von Hegelismus, der der marxistischen Auffassung erst das historische Gepräge gibt, als ein störender Fremdkörper empfunden werden, den es zu beseitigen gelte. Hier nun weist Cunow nach, daß diese angeblich „Rückkehr zu Kant" in Wahrheit eine Rückkehr zu Rousseau und Locke ist, das heißt, aus dem Philosophischen ins Politische übersetzt, ein Rückfall in die bürgerliche Demokratie Frankreichs und den radikalen Bourgeois-Liberalismus Englands. Von hier aus fällt ein ganz neues Licht auf die starken Annäherungen der deutschen Sozialdemokratie zu den „westlichen Demokratien", wie sie während des Krieges so oft zutage traten und die die Grenzlinie vom radikal-bürgerlichen Liberalismus, wie er bestimmte „Berliner Tageblatt" vertreten ist, häufig vollkommen verwischten. Daß diese Tendenzen zugunsten der alten demokratischen Staaten mit dem wirklichen Marxismus nichts zu tun hatten, daß sie vielmehr lediglich ein Beweis waren, wie sehr bereits der Bulgärmarxismus, um mit Cunow zu reden, wesentliche Teile der deutschen Sozialdemokratie beherrschte, habe ich oft während des Krieges ausgesprochen, ohne freilich damit mehr zu erreichen als den Ruf eines „Sozialpatrioten", oder, wie es jetzt heißt, eines „Stinnesjünger". Das war es nicht zu verwundern, daß die Partei mit verkehrter Front in die Epoche des Weltkrieges eintrat und das für sodende revolutionäre Ideale der Zukunft hielt, was in Wahrheit schon längst veraltete Lebensbilder der Weltgeschichte waren, wie eng-

Eine Erfurter Kommunistenzentrale

Neues Eisenbahnattentat.

Eigene Drahtmeldung.

A. **Erfurt**, 30. März.

Die Polizei ist einer kommunistischen Kampfleitung auf die Spur gekommen, die einen eifrigen Kurierdienst nach Gotha, Suhl und anderen kommunistischen Hochburgen in Thüringen unterhielt. Die Kommunisten sind in Zehnerschaften eingeteilt, die den Auftrag haben, die Bevölkerung stets wieder aus den Betrieben auf die Straße zu treiben. In den meisten Betrieben wird gearbeitet.

Kurz hinter dem Bahnhof Erfurt erfolgte heute nacht gegen 2 Uhr, kaum als der Schnellzug Frankfurt—Berlin die Strecke passiert hatte, eine schwere Dynamitexplosion. Die Ladung war so ungeschickt gelegt, daß die Wirkung der Explosion nur gering war und der Verkehr auf der Strecke nicht gestört wurde. Heute vormittag erfolgte die Besichtigung des Betriebsrats der Firma Teef in Böhne, der das Attentat angeklagt hat. Die Täter sind drei 18jährige Burschen, von denen einer flüchtig ist.

Beruhigung in Sachsen.

8. Dresden, 30. März. (Eigene Drahtmeldung.) In Dresden ist nach der Verhaftung der Hauptheger eine merkbare Beruhigung eingetreten. Die sogenannten Demonstrationen, die gestern und vorgestern stattfanden, nahmen einen friedlichen Verlauf. Es wird überall in Dresden gearbeitet. Auch die Arbeiter der Glasfabrik Siemens, die sich gestern zum Streik verleiten ließen, haben die Arbeit wieder aufgenommen. Dagegen ruht in der Umgebung von Dresden in Pirna, Heidenau, Freiberg usw. überall die Arbeit, da die Kommunisten die Arbeitseinstellung erzwungen hatten. Besondere Ausschreitungen sind bisher nicht vorgekommen, zumal auch Freiberg durch eine starke Polizeitruppe geschützt ist. In Bautzen wurde ein Angriff dunkler Elemente auf die Kaserne von Truppen abgewiesen. Im sächsischen Steinkohlenrevier flaut der Streik sehr stark. In Chemnitz haben die Streikposten in den ausschließgebenden Werken überall eine starke Abhöhr erlitten.

Leipzig, 30. März. (W. T. B.) Eine von Gröbers kommende bewaffnete kommunistische Bande hat heute mittag Schkeuditz besetzt.

Eine polnische Mörderbande erschossen.

DA. **Beuthen**, 30. März. In der Umgebung von Beuthen ist, nachdem der Kreis Beuthen von schottischen Truppen besetzt worden ist, größere Ruhe und Ordnung eingetreten. Als daß eine Besatzungstadt mit Militär in den Kreis kam, wurde es sofort von der polnischen Bande, die auch in Karf die Kombiger erschossen hatte, angegriffen. Dabei kam es zu einem kurzen Gefecht, in dem die Bandeder entweder erschossen oder festgenommen wurden.